

ELISABETH LICHTENBERGER

WAS WAR UND WAS IST EUROPA?

Präambel

Das Thema »Was war und was ist Europa?« besitzt Aktualität. Vor wenigen Tagen, am 23. September, hat EU-Kommissar Verheugen den Medien mitgeteilt, daß die juristischen Probleme mit der Türkei ausgeräumt seien und einer Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der EU nichts im Wege stehe.

Damit Staaten von der EU aufgenommen werden, beschloß der Europäische Rat im Jahre 1993 die Kopenhagener Aufnahmekriterien. Sie umfassen drei Dimensionen staatlicher Strukturen als notwendige Voraussetzungen für eine zukünftige Mitgliedschaft. Ich darf sie rekapitulieren:

Die erste Dimension beinhaltet Merkmale zur Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, zu Menschenrechten und zum Schutz der Minderheiten. Wenn über die Erfüllung der Kriterien Konsens besteht, dann können Verhandlungen aufgenommen werden, in deren Verlauf über die zweite und die dritte Dimension verhandelt wird. Die zweite Dimension betrifft die Struktur der marktwirtschaftlichen Organisation der Wirtschaft, bei der dritten Dimension handelt es

sich um die Übernahme des gesamten Rechtsbestandes der Union, des so genannten ›acquis communautaire‹, in die nationale Gesetzgebung. Zur Zeit sind dies etwa 80 000 Seiten an Verordnungen und Richtlinien.

Mein Vortrag erfolgt am Scheideweg der Europäischen Union zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Er besteht aus drei Teilen:

- Im ersten Teil geht es um die Frage nach der historischen Identität des Kulturerdteils Europa,
- im zweiten Teil wird die Frage nach den Besonderheiten des Projekts Europa gestellt
- und zum Abschluß gehe ich auf die aktuelle Thematik der potentiellen Separierung der Europäischen Union vom Kulturerdteil Europa ein.

1. Was war Europa?

Ich möchte zur Kennzeichnung drei Gegensatzpaare verwenden und eröffne mit dem Gegensatzpaar von christlichem und aufgeklärtem Europa.

Das christliche Europa erlangte seine Ausstilisierung im hohen Mittelalter mit der Papstkirche als organisatorischer Einheit, neben der gleichzeitig eine Vielzahl von Staaten existierte. Der damals entstandene Dualismus von Kirche und Staat ist zu einer sozialgeschichtlichen Tatsache ersten Ranges geworden. Für dieses christliche Europa des Mittelalters hat die deutsche Geschichtsforschung den Begriff des Abendlandes verwendet, dessen Grenzen nach Osten hin vom Baltikum über die Buglinie bis zur Adria reichten. Ich erwähne dies deswegen, da mit der EU-Erweiterung gleichsam eine Rückkehr zum mittelalterlichen Europabegriff erfolgt ist.

Die zweite dem Christentum gleichwertige europäische Idee entstand im 18. Jahrhundert. Der Kreuzzug der Aufklärung begann in Frankreich und verbreitete sich über die Höfe und Salons der Aristokratie bis nach Russland. Ein wichtiges Ereignis im kulturellen Ge-

dächtnis bildete das Erdbeben von Lissabon am 1.11.1755 mit 30 000 Toten, welches durch die Zeitungen und Voltaires »Poeme sur le desastre de Lisbonne« verbreitet wurde. Die aufgeklärte Gesellschaft musste lernen, sich in einer Welt einzurichten, in der die Ideologie von Sünde, Schuld und göttlicher Bestrafung durch die Vorstellung von Katastrophe und Risiko zu ersetzen war.

Die Säkularisierung der europäischen Gesellschaft begann von oben und veränderte den gesamten Charakter der europäischen Kultur. Als bedeutendes politisches Produkt entstand der aufgeklärte Absolutismus, der eine humanitäre Geisteshaltung in die Staatsraison eingebracht hat. Mit durchgreifenden Reformen wurden alle wichtigen öffentlichen Einrichtungen geschaffen – Volksschulen, Spitäler, Waisenhäuser, Arbeitshäuser – und die hierarchische Organisation der Papstkirche nachgebildet. Durch die Schaffung des Beamtenstandes mit seiner spezifischen Standesehre und einem aufgeklärten Bewusstsein ist damals eine der großen europäischen Errungenschaften entstanden.

Das zweite Gegensatzpaar ist das kapitalistische und das sozialistische Europa. Europa ist nicht nur christlich und zugleich aufgeklärt, sondern auch dort, wo der produktive Kapitalismus seinen Ausgang nahm. Gewinne werden dabei nicht wie in orientalischen Hochkulturen als Renten eingestreift und für die Ausgestaltung der religiösen und politischen Repräsentation sowie der persönlichen Lebenssphäre verwendet – wie es im Orient noch heute üblich ist –, sondern in den Fernhandel bzw. in die Produktion investiert und landen letztlich im Bankenwesen, um weitere Investitionen anzukurbeln und zusätzliche Gewinne zu erzielen.

Dieser produktive Kapitalismus entstand in seinen ersten Ansätzen im Mittelalter in Italien und verbreitete sich in der Neuzeit mit der in Frankreich beginnenden Revolution in Wechselwirkung mit der Industrialisierung in einem mehr als ein Jahrhundert beanspruchenden Prozess vom Westen nach Osten hin, um hier die neue Organisationsform des Staatskapitalismus anzunehmen. Damit ist bereits die nächste Innovation angesprochen.

Europa ist nämlich auch dort, wo die Lehre von Karl Marx entstanden ist und breit Fuß gefaßt hat. Als kommunistische Doktrin fand sie zunächst in Russland eine politische Heimstätte und hat von hier aus verschiedene europäische Staaten invadiert.

Beide in Europa entwickelten politökonomischen Systeme, der Kapitalismus und der Kommunismus, hatten durch die Teilung Europas die »Chance«, sich in der Praxis und damit real auf europäischen Territorien bewähren zu können. Das Ergebnis ist bekannt! Die Überlegenheit des produktiven Kapitalismus gegenüber dem Staatskapitalismus zählt zu den historischen Tatsachen.

Das dritte Gegensatzpaar kann man mit den Schlagwörtern Regionalisierung und Globalisierung umschreiben.

Die Frage ist bisher strittig geblieben, wieso gerade dieser politisch so stark zersplitterte Kulturerdteil Europa, dessen enorme territoriale und ethnische Fragmentierung heute unter dem Dachbegriff »Europa der Regionen« versteckt wird, zuerst als Entdecker des Globus aufgetreten ist und dann in einer weltumspannenden Expansion von Menschen und Kapital weite Teile der Erde beherrschen und überdies mit immer neuer innovativer Kraft geistige und materielle Güter erzeugen und exportieren konnte.

Dieser als »Europäisierung der Erde« bezeichnete Vorgang in der Neuzeit ist als ein umfassendes Syndrom von »Exporten« aufzufassen, beginnend mit dem wissenschaftlichen Interesse an der Vermessung und Erschließung des Globus und mit dem synchron vor sich gehenden Ausgreifen europäischer Handelsinteressen sowie den Missionierungsoffensiven der Kirche.

Politische und ökonomische Faktoren brachten schließlich die massenhafte Auswanderung europäischer Bevölkerung in Gang und damit die Ausbreitung von europäischen Sprachen, Institutionen, Technologien und Produktionsweisen, gesellschaftlichen Normen und Wertesystemen in großen Teilen der Erde.

Europa ist in der Neuzeit der Kontinent gewesen, dem es gelungen ist, globale Innovationen zu setzen. Die viel zitierte Europäisierung der Erde ist de facto eine erste Globalisierung gewesen! Von Europa

aus haben sich die christlichen Religionen ebenso wie die Aufklärung und der Kapitalismus sowie die sozialistische Doktrin verbreitet.

Die Idee des Nationalstaates hat von Europa aus den Globus erobert. Ethnische Konflikte und Säuberungen größten Umfangs waren die Folge.

Europa hat ein halbes Jahrtausend Weltgeschichte geschrieben. Vor dem Hintergrund der Europäisierung der Erde ist auch die eurozentrische Weltsicht entstanden, d.h. die europäische Sichtweise globaler Phänomene, die wir noch immer nicht ganz abstreifen konnten. Gerade diese enorme, von Europa ausgehende Dynamik in der Neuzeit, welche die heutige westliche Welt weitgehend geschaffen hat, macht es zu Beginn des 21. Jahrhunderts schwierig, die politische und kulturelle Identität von Europa gegenüber den Identitäten der europäischen »Neuländer« abzugrenzen und die »europäische Identität« als solche zu spezifizieren. Von Weizäcker stammt der Ausspruch, daß sich Europa von San Francisco bis Wladiwostok erstreckt, weil sowohl die USA als auch die ehemalige Sowjetunion europäische »Auswüchse« darstellen.

Mit dieser Aussage mache ich den Sprung in die Gegenwart und frage: »Was ist Europa?«

Der Ausbau des Hauses Europa war d e r Begriff der 90er Jahre des 20. Jahrhunderts – von Gorbatschow geprägt, medial vermarktet –, mit dem das Grundprinzip des europäischen Einigungsprozesses angesprochen wurde: der Begriff des Hauses – ein Terminus, mit dem im 18. Jahrhundert die europäischen Dynastien, allen voran die Habsburger, erfolgreich ihre Territorien vergrößert haben. Sie taten dies mittels Eheverträgen zwischen den Herrscherhäusern. In das 21. Jahrhundert transferiert, könnte der von den Habsburgern übernommene und auf die Europäische Union angewandte Spruch daher lauten: »Andere mögen Kriege führen, Du, glückliches Europa, schließe Verträge!«

Damit ist die entscheidende Aussage getroffen. Sie lautet: »Was die EU ist, ist sie durch Verträge.« Es hat ein halbes Jahrhundert in An-

spruch genommen, das Haus Europa zu schaffen. Die Namen von Städten markieren die Schritte der geographischen Konstruktion von Europa durch die Aufnahme weiterer Mitglieder und eine entsprechende Erweiterung des Territoriums. Insgesamt sind 5 Erweiterungsschritte erfolgt, darunter der letzte im Jahre 2004, welcher die Teilung Europas annulliert und West und Ost vereinigt hat. Mittels der jeweiligen Einwohnerzahlen seien die Schritte markiert:

Als Nachbau des Reiches von Karl dem Großen und mit dem Begriff von Kerneuropa ausgestattet, begann die Gemeinschaft für Kohle und Stahl 1951 mit den Staaten Frankreich, Deutschland, den Benelux-Ländern und Italien. Es waren damals insgesamt 168 Mio. Einwohner, die erste Erweiterung 1973 brachte eine Zunahme auf 256 Mio., die dritte 1986 auf 12 Mitglieder mit 321 Mio. – sie führte zur Schaffung des Logos der EU –, die vierte 1995 auf 15 Mitglieder mit 381 Mio. und die fünfte 2004 brachte eine Zunahme auf 25 Mitglieder mit 455 Mio. Einwohnern. Die 6. mit 3 weiteren Mitgliedern ist für 2007 geplant. Die EU wird sich dann mit rund 489 Mio. Menschen bereits knapp unter der halben Milliarde befinden. Sie ist bereits jetzt nach China und Indien die drittgrößte staatliche Gemeinschaft der Erde.

Das Territorium der EU ist damit weitgehend abgerundet. Nur zwei Staaten, die Schweiz und Norwegen, sind keine Mitglieder, ihr gesamtes Preis- und Lohnniveau liegt ganz wesentlich über dem der benachbarten EU-Staaten, und sie haben bisher kein Interesse an einer Vollmitgliedschaft bekundet.

Über diesen europäischen Einigungsprozess ist viel geschrieben worden. Bemerkenswert ist sein semantischer Erfolg: Europa wird heute durchwegs mit der Europäischen Union identifiziert. Die machtvolle Brüsseler Realität überlagert und verdrängt die europäische Idee. Europa, das sind heute Assoziationen mit einer gemeinsamen Währung, einem gemeinsamen Markt, einer befriedeten Wettbewerbs- und Wohlstandsgesellschaft, einer übernationalen Bürokratie der Rechtsvereinheitlichung, die Standards erzeugt für Viehställe und Lebensmittelfarbstoffe, für Ausbildungsstunden von Krankenpflegern und sogar für Schalleistungspegel der Rasenmäher.

Europa als Kulturerdteil ist daher nur dort von Relevanz für die Fra-

gestellung, wo es um die Lebensqualität der lokalen Bevölkerung, um kulturhistorische Perspektiven und die Vermarktung des baulichen und kulturellen Erbes für die internationale Freizeitgesellschaft sowie um das »Europa der Regionen« geht.

Was sind nun die Besonderheiten des »Projekt Europa«, eines einmaligen, nicht vergleichbaren Prozesses? Ich möchte drei hervorheben: das Friedensprojekt, das Wirtschaftsprojekt und das Sozialprojekt.

Zunächst zum Friedensprojekt:

Die europäische Geschichte ist eine Geschichte der Kriege. Im kollektiven Gedächtnis von Nationen, wie es durch die Schulbücher der europäischen Staaten von Generation zu Generation weitergegeben wird, spielen die Kriege eine entscheidende Rolle. Heeresgeschichtliche Museen demonstrieren die Waffentechniken vom Mittelalter bis an die Schwelle der Gegenwart.

Zu Recht ist daher die Europäische Gemeinschaft mit dem Ziel entstanden, Kriege zwischen ihren Mitgliedern unmöglich zu machen. Diese Friedensideologie als Basis der inzwischen zur EU herangewachsenen europäischen Staatengemeinschaft ist in der Gegenwart bereits so selbstverständlich geworden, daß die europäischen Kriegsschauplätze der Vergangenheit von einer nach dem Zweiten Weltkrieg geborenen Generation wieder entdeckt werden und die historischen Schlachtfelder der Auseinandersetzung zwischen den beiden großen Partnern und Begründern der Europäischen Gemeinschaft, Frankreich und Deutschland, Sightseeing-Attraktionen geworden sind. Schulklassen und Touristengruppen besichtigen in Verdun ein Areal, auf dem die blutigste Schlacht der Weltgeschichte in einem Stellungskrieg in der französischen Schichtstufenlandschaft insgesamt 700 000 französischen und deutschen Soldaten das Leben gekostet hat. Mit diesem enormen Blutzoll wurde der Erste Weltkrieg entschieden, somit in einem zahlenmäßigen Vorgriff auf die Entscheidungsschlacht bei Stalingrad, wo mit einem ähnlich hohen Blutzoll der Anfang vom Ende des Zweiten Weltkriegs begonnen hat.

Im Katalog der Ausstellung in Berlin 2003 über »die Idee Europa« kann man die Vision von Victor Hugo 1849 nachlesen: »Der Tag wird kommen, an dem man eine Kanone im Museum zeigen wird, so wie man dort heute ein Folterwerkzeug ausstellt und darüber staunt, daß so etwas möglich war!« (S. 189).

Mit dem makabren Wandel der größten Schlachtfelder und Ruinenstätten zu Touristenattraktionen wird sehr eindrucksvoll belegt, daß mit der Schaffung der Europäischen Union die Zeit der Pax Europaea gekommen ist, wie dies die Gründerväter der Europäischen Gemeinschaft gehofft hatten.

Der Vater des Projekts des Binnenmarktes, Jacques Delors, der ehemalige Präsident der Europäischen Kommission, hat einmal gesagt: »Niemand verliebt sich in einen Binnenmarkt.« Nichtsdestoweniger ist die Schaffung eines gemeinsamen Binnenmarktes das Herzstück der Europäischen Union, auch wenn dieser die Bürger weniger beschäftigt hat als die Einführung der gemeinsamen Währung.

Die Idee eines gemeinsamen Binnenmarktes ohne Grenzen und Zölle, aber mit einheitlichen Formularen und Vorschriften wurde zur Triebfeder der Politik, aber auch zum Standortvorteil Europas. Die Schaffung eines gemeinsamen Wanderungsraumes hängt mit dem Binnenmarkt zusammen. Wer die Binnengrenzen für den Handel abschafft, der kann sie für den Personenverkehr nicht wieder errichten. Und wer den Menschen die freie und ungehinderte Mobilität und Niederlassung in Europa zusichert, der muss auch dafür sorgen, daß die mitgebrachten Qualifikationen überall anerkannt werden. Der Bologna-Prozess der Gegenwart ist die konsequente Folge der Römischen Verträge von 1951. Heute ist der gemeinsame Binnenmarkt, seine Erhaltung und Sicherung, sowohl Quelle europäischer Politik als auch Instrument, um wirtschaftlich genauso erfolgreich zu sein wie die USA und die ost- und südostasiatischen Staaten.

Der große Heimmarkt ist ein Vorteil der USA, denn diese können sich damit von den Zyklen der Weltwirtschaft abkoppeln. Sie haben den Heimmarkt durch eine gemeinsame Währung gesichert und ziehen, wenn erforderlich, finanzielle Barrieren auf.

Die EU ist seit der Einführung der gemeinsamen Währung von den meisten Mitgliedstaaten der EU-15 und der EU-Erweiterung 2004 diesem Vorteil eines großen Heimmarktes ein wesentliches Stück näher gerückt. Die Erfolge gemeinsamer EU-Projekte wie beim Airbus und beim Eurofighter können freilich nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich die Dienstleistungssektoren langsamer geöffnet haben als die Warenmärkte. Dies gilt für den Verkehr und für den vielfach noch nicht vollzogenen Ab- und Umbau von nationalen Normen, Standards und beruflichen Qualifikationen. Nationswerdungsprozesse, die mehr als 1000 Jahre in Anspruch genommen haben, hinterließen ihre emotionalen Spuren in der Präferenz für nationale Produkte und werden noch lange Gültigkeit besitzen.

Der soziale Wohlfahrtsstaat ist in seiner heutigen Form ein Produkt der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts, als Europa seine globale Position nach dem Zweiten Weltkrieg verloren hatte und – gleichsam auf sich selbst zurückgeworfen – in einer Welt der Zerstörung und des Mangels die Lebensgrundlagen seiner Bevölkerung wieder herstellen musste. In der Zeit der Wirtschaftswunder, nicht nur in Deutschland, sondern in allen europäischen Staaten, erhielt die soziale Frage eine staatliche Heimstatt, wurde ›sozial‹ zum Grundbekenntnis der Gesellschaft und der Politik. Der Ausbau des sozialen Wohlfahrtsstaates begann in großem Stil und erreichte in einzelnen Staaten alle Bereiche des Lebens des einzelnen Bürgers. Schelsky hat zu Recht vom »Zuteilungsstaat« gesprochen. Das ›soziale Denken‹ erfaßte gleichermaßen Gesellschaft und Wirtschaft und hat ein zwar staatenweise unterschiedliches, insgesamt aber faszinierendes Gesamtergebnis bewirkt, welches der heutigen jungen Generation unter dem Begriff der ›sozialen Sicherheit‹ selbstverständlich erscheint und Europa grundsätzlich von Nordamerika unterscheidet.

In den 1990er Jahren setzte der Rückbau ein. Hierbei geht es in den meisten europäischen Wohlfahrtsstaaten um mehr als um die Sozialpolitik im engeren Sinn, nämlich um die Finanzierung des Pensionssystems und der Sozialfürsorge. Es geht um den gesamten bisherigen ›sozialen‹ Dienstleistungssektor der Staaten, alle Bildungseinrich-

tungen, von den Volksschulen bis zu den Universitäten, das Gesundheitswesen, den subventionierten öffentlichen Verkehr, die subventionierte Landwirtschaft, den sozialen Wohnungsbau, das »soziale Grün« und die sozialen Freizeiteinrichtungen. Es geht um die Regionalpolitik für Zentrale Orte und entwicklungsschwache Gebiete. Grundsätzlich ist Optimismus angesagt. Die Europäische Union hat nämlich im Global-National-Interplay eine Zwischendecke eingezogen. Mit der Etablierung einer europäischen Regionalpolitik, welche über beachtliche Mittel verfügt (2004 40 Mrd. EUR), unterscheidet sich die Europäische Union grundlegend von den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Die europäische Regionalpolitik erfolgt mit der Zielsetzung eines regionalen Disparitätenausgleichs. Regionen erhalten damit einen spezifischen »sozialen Stellenwert«. In der Retrospektive kann man von einem Comeback der sozialen Wohlfahrtstendenzen des aufgeklärten Absolutismus des 18. Jahrhunderts im europäischen Zentralismus des 21. Jahrhunderts sprechen.

3. Quo vadis Europäische Union?

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts erscheint eine Standortbestimmung der EU in der Welt erforderlich. Das größte Experiment der Weltgeschichte, die Teilung Europas in zwei Hälften mit unterschiedlichen politischen Systemen, ist zu Ende und im Anschluss daran hat die Europäische Union das Haus Europa wieder in die räumliche Konfiguration des mittelalterlichen Europas zurückgebracht und inzwischen im Welthandel den ersten Platz erobert.

Nun steht die Europäische Union an einem Scheideweg. Die Expansion in ein Terrain außerhalb des Kulturerdteils Europa ist angesagt. Was sind die Gründe?

Die Antwort ist schlicht und lautet: »Wir leben im amerikanischen Zeitalter!« Die bereits genannte Pax Europaea steht unter dem Schutz des Atomschirms der NATO. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß mit der Gründung der NATO im Jahre 1949 die USA die militärische Kontrollfunktion über die in erster Linie von wirt-

schaftlichen Interessen getragene, knapp später gegründete Europäische Gemeinschaft übernommen haben und auch – dies wurde stets viel zu wenig beachtet – die NATO die jeweiligen Schritte der Erweiterung vor denen der EU gesetzt hat; zuletzt bei der Aufnahme von Bulgarien und Rumänien 2004. Weitere sind für 2006 angekündigt, wie die Aufnahme von Kroatien, Albanien und Mazedonien.

Nur wenige EU-Staaten, Schweden, Finnland, Österreich, sind bisher nicht der NATO beigetreten. Frankreich ist 1966 aus der NATO ausgetreten und bezieht seit 1996 wieder einen Beobachterposten.

Budgets reflektieren das monetäre Potential von Institutionen und sind damit Indikatoren für die politische Macht. Das Budget der EU beträgt im heurigen Jahr 2004 115 Mrd. EUR (138 Mrd. US-Dollar). Das NATO-Handbook 2004 belegt für das Jahr 2000 für die NATO-Staaten Europas Gesamtausgaben für die Verteidigung in der Höhe von 159 Mrd. US Dollar, dazu kamen von den USA nochmals 313 Mrd. US-Dollar, sodaß sich das Gesamtbudget auf 472 Mrd. US-Dollar belief. Von der Bevölkerung nicht registriert, steuern die der NATO angehörenden EU-Staaten indirekt mehr Geld zur NATO bei als zum eigenen Staatenbund!

Die Aussage ist einsichtig, daß es für die EU derzeit schwierig ist, sich aus dem »militärischen Käfig« der NATO zu befreien. Sie befindet sich am Gängelband der USA, die in beiden Weltkriegen »den Kreuzzug nach Europa getragen« und gewonnen haben.

Es ist ebenso einsichtig, daß die Frage der Aufnahme des NATO-Staates Türkei in erster Linie im Interesse der USA gelegen ist, für welche bei weitgehender Identität der Mitgliedstaaten von EU und NATO die Steuerung beider Institutionen erleichtert wird. Nun ist ein potentiell EU-Mitgliedsland Türkei für die EU ein »Trojanisches Pferd«, welches die USA gerne in die inzwischen ökonomisch als Konkurrenz recht mächtig gewordene EU hineinbringen wollen. Überdies kann dann Diplomatie und Kapital der EU in dem wichtigen vielgliedrigen Erdölrevier, welches sich von Zentralasien bis zur Arabischen Halbinsel spannt, besser in amerikanische Interessen »integriert« werden. Das neue geostrategische Feld für die EU würde dann einerseits vom Kaukasus, mit den Staaten Georgien, Armenien

und Aserbeidschan, bis nach Zentralasien reichen – also in einen Raum, in dem sich die Interessen der USA mit denen von Russland und China überlagern – und andererseits in Vorderasien die Nachbarstaaten der Türkei, Iran, Irak, Syrien, Libanon und Israel, umfassen. Die EU müßte damit in der arabischen Welt eine neue Position beziehen und auch ihre Position gegenüber den Staaten am Südufer des Mare Nostrums des einstigen Römischen Reiches revidieren.

Nun ist in der noch nicht akzeptierten Verfassung der EU in Artikel 57 (1) zu lesen: »Die Union steht allen europäischen Staaten offen, die die in Artikel 2 genannten Werte achten und sich verpflichten, ihnen gemeinsam Geltung zu verschaffen.« Eine Liste der europäischen Staaten fehlt.

Da mit dem Verhandlungsbeginn der EU mit der Türkei der geographische Begriff Europa territorial nach Asien hinein erweitert wird, ist auch der Begriff »europäisch«, den die Verfassung verwendet, nicht mehr derselbe wie bisher. Er hat seine geographische Definition grundlegend verändert und damit auch seine 2000-jährige Geschichte abgestreift! Die Europäische Union hat sich damit als Wirtschafts- und Währungsunion deklariert und über den Kulturerdteil Europa hinausgegriffen.

Unabhängig von der nur spekulativ zu beantwortenden Frage, wo im Laufe des 21. Jahrhunderts die Grenzen der EU in Asien oder Afrika liegen werden, ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt die EU mit einer Eingliederung der Türkei außenpolitisch überfordert und muß innenpolitisch »als Laboratorium für die Europäisierung des Islam« mit einer Fülle von Konflikten rechnen. Ich darf dazu den bekannten Satz von Gorbatschow abwandeln: »Wer zu früh kommt, auch den bestrafen die Götter.«

Lassen Sie mich hier mit drei Sätzen schließen: Als globaler ökonomischer Player konnte sich die Europäische Union platzieren. Sie ist im 21. Jahrhundert dabei, sich in die große Weltpolitik zurückzumelden. Wenn sie hierbei ernsthaft und nicht nur als Satellit von Amerika zur Kenntnis genommen werden will, so wird sie sich in mittelfristiger Zukunft strategisch-militärisch abkoppeln und auf eigene Beine stellen müssen.